

Geteilte Erfahrungen

Eine Schau und ein neu eröffnetes Museum in Zagreb konterkarieren die offizielle kroatische Geschichtspolitik / Von Luca Vazgec, Zagreb

Führt man von Ostkroatien nicht über die Autobahn nach Zagreb, die im Sozialismus den Beinamen der Brüderlichkeit und Einigkeit trug, sondern über die kaputten Landstraßen der Banovina, erahnt man, dass das Geschichtsbild vom Völkergefängnis Jugoslawien und den balkanlosen Kroaten, das hier so gern gepflegt wird, nicht so eindeutig ist, wie man es gern hätte. Auf dem Weg in die Hauptstadt sieht man schon viel unumsele Vergangenheit: Vor dem Krieg war die Gegend von Kroaten, aber mehrheitlich von Serben bewohnt. Viele von ihnen wurden vertrieben. Davon zeugen Ruinen, ausgebrannte orthodoxe Kirchen und eine drückende Menschenleere, durchbrochen von Autos mit serbischen Kennzeichen in den Höfen, wohl auf Besuch der alten Heimat. Es finden sich noch vereinzelt Graffiti mit serbischen Kreuzen. Je näher man Zagreb kommt, desto ethnisch kroatischer wird es. Die Graffiti sind patriotischer. Viel ist aber nicht anders, nur die katholischen Hochglanzkirchen, so scheint es, sind neu gebaut. Sie bohren sich wie Fremdkörper in die Trostlosigkeit. Marx hätte seine helle Freude gehabt.

In die Hauptstadt geht es über die mit kroatischen Fahnen gesäumte „Heimatbrücke“, „Domovinski most“, nur durch ein Wort von der kroatischen Bezeichnung für den Krieg getrennt, „Domovinski rat“, die Verteidigung gegen die großserbische Aggression. Die Stadt ist seit jeher kulturell progressiv. In den Sechzigern war sie Ausgangspunkt der jugoslawischen Studentenbewegung, von Tito vordergründig wegmoderiert, hintergründig gründlich gesäubert. In den folgenden beiden Jahrzehnten war sie ein Zentrum der Rockmusik – während und nach dem Krieg ausstrahlender Ort einer kulturellen Abnabelung vom großen serbischen Bruder und von dem, was man als zu kommunistisch empfand. Immer mehr kam dazu: Es gibt ein Museum der Illusionen, des Katers (der nächste Morgen, nicht das Tier) und der zerbrochenen Beziehungen – die touristische Kür zu den Hauptstadtmuseen. Derzeit aber hat das Erdbeben, das Anfang 2020 die Altstadt erschütterte und schwere Schäden anrichtete, die Anzahl der publikumsoffenen Museen dezimiert.

Ein Glücksfall, dass das Museum der zeitgenössischen Kunst sich außerhalb der Altstadt in einem 2009 eingeweihten Neubau befindet. Es beherbergt aktuell eine Ausstellung, die Performance- und Protestkunst der Neunziger zeigt, einer blutigen Umbruchzeit im einstigen Jugoslawien. Und: Sie zeigt Kunst aus allen Nachfolgestaaten. Auch wenn gleich zu Beginn steht, sie unterscheidet sich von der ursprünglichen Installation im slowenischen Museum für Gegenwartskunst dadurch, dass man stärker die dezidiert kroatischen Reaktionen auf die Epoche von Krieg und Zerfall zeige, so wird doch deutlich: Die Prozesse in den Neunzigern sind keine nationale Erfahrung, sondern eine geteilte.

Zumindest auch, denn überall wehrte man sich gegen Krieg, Kapitalismus und, ja,

ebenso gegen den Zerfall des Vielvölkerstaats. Die Völker Jugoslawiens waren keine politischen Monolithen. Kroatien ist für die regionalen Verhältnisse freiheitlich, dennoch ist das eine kühne Aussage hier, wo man vor geschichtspolitischem und identitärem Absolutismus nicht immer gefeit ist. Die Kunst tut, was sie am besten kann: differenzieren. Die Kunstform der Performance ist in der Schau oft gleichbedeutend mit Eskapismus. Marina Abramovićs berühmtes „Balkan Baroque“, in dem die serbische Künstlerin ihre Trauer und ihre Hilflosigkeit über den Verlust ihrer Heimat auf einem Knochenhaufen zum Ausdruck bringt, schwebt wie ein Vermächtnis über den Sälen. Wenn das Politische den Künstler verletzt, dann muss er das selbst tun, so wie Slaven Tolj mit seinem Werk „Dubrovnik-Valencia-Dubrovnik“ (1993): Von allen Schichten Kleidung, die er sich nach und nach auszieht, ist nur noch ein Knopf übrig, den er sich an die nackte Haut näht. In der Ausstellung brennen auch mal Schamhaare.

Die Kuratoren gehen aber nicht in die Falle des Elitären, das die Performance oft mit sich trägt, denn ein erheblicher Teil der Schau besteht aus Bildern und Dokumentationen zivilen Widerstands gegen Krieg und Nationalismus. Eine Fotografie von Milomir Kovačević zeigt Szenen aus der Hochphase dessen, was man heute als Kriegsbeginn, als dialektische Gewaltverstärkung auffasst. Das greift zu kurz: Auf den Straßen Sarajevos, wo 1992 Serben zwei Zivilistinnen auf einer Brücke töteten, wendet sich eine Demo gegen die Gewalt; mit dem Tito-Konterfei in der Hand fordert man den Niedergang des Nationalismus. In einigen jugoslawischen Staaten gab es auch während des Krieges Satirezeitschriften, die mit ihren Covern das neue System karikierten: Der sozialistische Bruderkuß von Slobodan Milošević und Franjo Tuđman, dem ersten kroatischen Präsidenten, auf dem Deckblatt der slowenischen Zeitschrift „Mladina“ von 1995 ist ein Schlüssellexponat – auch am Höhepunkt der Gewalt gab es auf dem Balkan immer eine Gegenöffentlichkeit, die protestierte; künstlerisch, aktivistisch.

Die Jugo-Nostalgie als mentale Rückwärtsbewegung ist nichts Neues in post-jugoslawischen Ländern. Vergleichbare Phänomene gibt es fast in allen europäischen Transformationsländern. Dennoch, so geht aus Umfragen hervor, sind die Gesellschaften Kroatiens und Sloweniens weniger anfällig als etwa diejenigen Bosniens, Herzegowinas und Serbiens, sie zu einer gesellschaftsfähigen und politisch geforderten Massenmentalität werden zu lassen. Trotzdem gibt es auch in Zagreb seit einiger Zeit Fluchtpunkte in die Vergangenheit. Bereits 2018 wurde das Achtzigjahre-Museum eröffnet, ein Nachbau einer Wohnung im sozialistischen Jugoslawien. Es entführt seine Besucher in die Zeit, in der das Tito-Porträt von der Wand herunterblickte, Jugoslawien-Devotionalien in Vitrinen standen und der Fico rührte, der Fiat-500-Lizenzbau aus dem serbischen Kragujevac – ein Nostalgiemuseum, das Emotionen zu befeuern sucht.

Am Anfang waren Sammelbilder

Wie aus einem kleinen Wilderer ein großer Naturschützer wurde: Die Geschichte von Eduard Henß aus Offstein

Für viele Naturschützer ist das eigene Engagement für Tiere und deren Habitate ein „Zurück zur Natur“ – zur Natur ihrer Kindheit. Als sie noch klein waren, gab es eine zufällige Anregung zur Beschäftigung mit Säugetieren oder Schmetterlingen. Und wenn sie Glück hatten, das Kind und die Natur, gab die unmittelbare Umgebung dann Gelegenheit zu ersten eigenen Expeditionen.

Die Geschichte von Eduard Henß beginnt auf diese Weise. In den Fünfzigerjahren – Eduard Henß ist ein kleiner Junge im rheinhessischen Offstein – liegt in jeder Packung von Köln Haferflocken ein Sammelbild. Es sind Reproduktionen von Vogelbildern des englischen Naturforschers John Gould (1804–1881). Von einer Expedition nach Australien hatte Gould im Jahr 1840 rund 800 Vögel und 70 Säugetiere mit zurückgebracht. Seine Enzyklopädie „The Birds of Australia“ umfasste 36 Bände. Gould war der Neffe eines königlichen Gärtners in Windsor und ein geschickter Jäger, Zeichner und Präparator von Vögeln. Darauf baute er eine große Wissenschaftlerkarriere auf. 1853 ernannte ihn die Deutsche Ornithologische Gesellschaft zum Ehrenmitglied.

Ziemlich genau ein Jahrhundert später bekommt also ein Fünfjähriger das Album „Alle Vögel sind schon da“ und klebt die Gould-Bilder zwischen die Texte. „Damals wusste ich ja nicht, wie falsch seine Darstellungen zum Teil waren. Die sind richtig schlecht.“ Mit einem alten Militärglas um den Hals geht Eduard jedenfalls raus in die Natur, um nach den hiesigen Vögeln Ausschau zu halten, ein Freund

schließt sich an. Wie Gould räumt der künftige Naturschützer Nester aus und fängt Vögel. Das ist seine Vorstellung von Zeitvertreib: Keine Hausaufgaben machen, sondern draußen sein, und sonntags statt Kirchgang lieber in Gummistiefeln losziehen.

Als 1964 in der Dorfkneipe der Vogelschutzverein gegründet wird, ist Eduard eingeladen, weil bekannt ist, dass er Vögel beobachtet. Doch die Erwachsenen be-



schränken sich darauf, sich sonntagsmorgens bei einem Bier über die Goldfasane, Zeigse und Stieglitze in ihren Volieren zu unterhalten. Frisch gefangene Exemplare lassen sie von Eduard bestimmen, dem hier niemand etwas beibringen kann. Nach fünf Jahren haben die Erwachsenen das Interesse verloren. Mit dem letzten Geld des Vogelschutzvereins kauft Eduard Nistkästen und hängt sie im Dorf auf.

Dass Henß gute Plätze zur Vogelbeobachtung kennt, hängt damit zusammen, dass in Offstein die größte deutsche Zuckerrübenfabrik steht. Die Fabrik hat Teiche angelegt, in denen das Zuckerrübenwasser entsorgt wird, was wiederum Vögel anlockt. Heute sind diese Teiche europäisches Vogelschutzgebiet. Erst war es zwei Hektar groß, inzwischen sind es mehr als



„Brot und Frieden“: So lautete es unter anderem auf den Protestplakaten einer postjugoslawischen Demonstration im Jahr 1993

Foto Goranka Matić



Ziviler Widerstand gegen Krieg und Nationalismus: Fotografische Dokumentation des Protests Tausender von Milomir Kovačević

Foto Milomir Kovačević



Wer wollte das nicht? Auf dem Antikriegs-Plakat der ebenfalls von Kovačević fotografierten Demonstration steht „Ich möchte alt werden!“

Foto Milomir Kovačević

Auch in einem Zagreber Hinterhof steht ein rostiges Exemplar dieses Modells. Es steht vor dem 2022 eröffneten New-Wave-Museum und zeigt an, dass hinter seinen Türen nicht nur ein Musikschrein, sondern auch weitere Zeugen der alten Zeit warten. Auch hier ist klar: Der New Wave der Siebziger und Achtziger ist kein kroatisches Phänomen, sondern ein geteiltes jugoslawisches. Vor allem ist er trotz seiner Nonkonformität immer politisch gewesen. Von der kommunistischen Führung geduldet und bisweilen gar unterstützt, durfte er sie bisweilen auch kritisieren. Diese Bands überschreiten bis heute die nach ihnen gezogenen Grenzen, denn sie werden in den meisten Nachfolgestaaten noch gehört.

Das Klima, in Jugoslawien freier als im Ostblock, war günstig für viele westliche

Einflüsse. Der jugoslawische New Wave ist hörbar an Reggae, Ska, Punk und Funk geschult. Von der Tiefe des Verhältnisses von Politik und Musik ist im Museum indes wenig zu sehen. Es gilt auch hier das Primat des nostalgischen Erlebens. Neben Subkultur-Gimmicks liegen Dinar-Geldscheine mit Tito-Bild; die Melodien der Kultbands Bijelo Dugme aus Sarajevo und Azra aus Zagreb schummern aus den alten Boxen. Die Zielgruppe sind die, die sich an die Musik noch aus ihrer Jugend erinnern – aus der „guten alten Zeit“.

Komm zu Bewusstsein! Halte stand! Reagiere! Performance und Politik im postjugoslawischen Kontext der Neunziger. Muzej suvremene umjetnosti, Zagreb. Der Katalog kostet 20 Euro. **Muzej Novog Vala.** Dauer-ausstellung. Kein Katalog.

Der Verfassungsschutz, nutzlos seit eh und je

Wer braucht die Gesinnungs-Gouvernante? Eine Behörde rettet Deutschland nicht vor der AfD
Von Claus Leggewie und Horst Meier

Thomas Haldenwang, der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, hat am Dienstag auf einer Pressekonferenz von Bundesinnenministerin Nancy Faeser an die Staatsbürger den Appell gerichtet, sich über Rechtsextremisten aufzuklären. „Schauen wir genau hin und enttarnen sie als das, was sie sind – Feinde der Demokratie!“ Ist für diese Enttarnung die den Verfassungsschutzbehörden vom Gesetz gestattete Tarnung tatsächlich nötig? Liegt nicht auch ohne geheimdienstliche Erkenntnisse zutage, was Rechtsextremisten wollen?

Gerhart Baum, Faesers Amtsvorgänger der Jahre 1978 bis 1982, hat in diesem Feuilleton (F.A.Z. vom 2. Februar) Widerspruch gegen die Forderung nach Abschaffung des Verfassungsschutzes eingelegt. Dass er sich um die deutsche Demokratie Sorgen macht, können wir gut nachvollziehen. Die AfD entpuppt sich immer klarer als Partei, die mit einer freiheitlichen Verfassung auf Kriegsfuß steht. Wir verstehen auch, dass im Jahr 1950 die ungelernete junge Bundesrepublik ihr gerade aus der Taufe gehobenes Grundgesetz gegen Extremisten wie die (National-)Sozialistische Reichspartei (und die KPD) schützen wollte: Es gab noch zu viele Nationalsozialisten, die Umfragen zufolge einem Einpartei-Führerstaat anhängen. Kein Wunder, dass die Westalliierten – eingedenk der allmächtigen Gestapo – im sogenannten „Polizeibrief“ verlangten, der Geheimdienst müsse von der Polizei getrennt werden.

Aber muss man wirklich bis heute eine Art FdGO-Gesinnungs-TUV betreiben, der nicht akute Straftaten und aktuelle Gewaltakte verfolgt, sondern „Einstellungen“ und „Haltungen“ von Bürgerinnen und Bürgern beobachtet? Und noch weniger verstehen wir, dass man diese Gesinnungs-Gouvernante heute noch zu brauchen meint, da doch das Experiment Bundesrepublik – dem Aufstieg der AfD zum Trotz – alles in allem gut funktioniert. Das „Weimar-Argument“, wonach die Erste Republik am symmetrischen Druck der beiden Extreme zugrunde gegangen und „wehrlös“ gewesen sei, ist längst widerlegt. Diese Republik hatte durchaus Mittel, es gab zu wenig kämpferische Demokraten.

Die V-Mann-Skandale warten noch auf ihre Aufklärung

Baum erinnert daran, wie sehr er sich als Minister um die Kontrolle des Verfassungsschutzes bemühte: Chapeau! Die Geschichte des VS ist voller Skandale: illegale Abhöraktionen, vertrauliche Gespräche mit mutmaßlichen Gegnern der Demokratie, fingierte Terrorakte, Akten-schreddereien, Bespitzelung von Kritikern. Noch skandalöser war die Ernennung eines Ministerialbeamten zum Amtschef, Hans-Georg Maaßen, der gelobte, diese Ämter zu reformieren, statt dessen aber bald zum Problem wurde: Er verharmlöste eine regelrechte Menschenjagd in Chemnitz. Und changierte nach seinem Rauswurf zwischen AfD und Union, bis er nun selbst als Spitzenmann der Werteunion die Verschwörungstheorie der Umvolkung unter die Leute bringt.

Am skandalösesten aber war die – Pardon, Herr Baum! – weiterhin unaufgeklärte Beschäftigung dubioser V-Leute im rechtsradikalen Milieu wie bei NPD und NSU – wie Thomas Dienel (ein V-Mann, gegen den allen Ernstes ein erfolgloses Verfahren der Grundrechteverletzung nach Artikel 18 des Grundgesetzes eingeleitet wurde), Thorsten Heise sowie Andreas Temme, der bei einem der NSU-Morde am Tatort in Kassel weilte und angeblich nichts mitbekommen hat. Doch bei allen Missgriffen sind gar nicht diese der Skandal, sondern die geräuschlose Routine des ganz legalen Ausspionierens von Bürgerinnen und Bürgern, die angeblich oder tatsächlich verfassungskritische Positionen äußern.

Gerade jetzt scheint für den Verfassungsschutz zu sprechen, dass eine „wehrhafte“ Demokratie sich gegen eine Partei zu Wehr setzen muss, die rassistische Säuberungen auch „germanischer Volksteile“ (Björn Höcke) annouciert und demokratische Institutionen notorisch verachtet. Wehrhaft muss eine Demokratie in der Tat sein, aber dafür brauchen wir keine „Vorfeld-Beobachtung“ sogenannter „Legalisten“, die im parlamentarischen Betrieb mitlaufen, sondern handfeste Ermittlungen des kriminalpolizeilichen Staatsschutzes gegen mutmaßliche Rechtsbrecher, das heißt zielgerichtete Strafverfolgung. Die Leistungsbilanz, die Baum dem Verfassungsschutz zugutehält, ist empirisch nicht überprüfbar. Seit Jahrzehnten erzählt man uns, dass der Verfassungsschutz politische Kriminalität und Terrorakte verhindert habe, aber der Beweis – alles geheim! – wird niemals angetreten. Und selbst wenn, würde dies die international singuläre Gefährdung der Demokratie, die diese Ämter betreiben, nicht ausgleichen.

Als nutzlos erwiesen hat sich der Verfassungsschutz schon beim NPD-Verbotsantrag, den das Bundesverfassungs-

gericht 2017 zurückwies, weil es die Irrelevanz dieser Minipartei konstatierte. Und der erste Anlauf scheiterte 2003 daran, dass die Partei von allzu vielen V-Leuten infiltriert war. Im Fall der ungleich stärkeren AfD mag der Verfassungsschutz seine Extremistenspiele betreiben, er mag beobachten und prüfen – doch derzeit ist nicht einmal ein Verbotsantrag mehrheitsfähig.

Der Parteiverbotsartikel ist eine Fehlkonstruktion

Auch wenn diese Partei zweifellos die vom Verfassungsgericht geforderte „Potenzialität“ entfaltet, bietet sie als ganze keine Ansatzmöglichkeiten für ein durchdachtes Verbotverfahren: Was juristisch ein Verbot ermöglicht, schützt politisch vor ihm. Denn die Illegalisierung einer starken Partei würde die Demokratie, die präventiv geschützt werden soll, stark beschädigen: Der Verbotsartikel ist schlicht eine Fehlkonstruktion. Und wie würde man denn das Verbot einer Partei rechtfertigen, die bei den nächsten Landtagswahlen in Ostdeutschland rund ein Viertel der Wähler hinter sich bringt und in Thüringen eventuell noch mehr? Was kann der Verfassungsschutz da tun, außer das Offensichtliche zu statuieren? Ein Drittel der Ostdeutschen wählt eine Partei, deren rechtliche Ziele überdeutlich geworden sind. Tun sie das etwa, weil ihnen ein Geheimdienst das nicht rechtzeitig erklärt hat – oder nicht vielmehr in vollem Bewusstsein? Nicht im Geheimen agierende Ämter haben uns mitgeteilt, wie die AfD tickt und mit identitären Vordenkern verhandelt ist, sondern dafür viel geeignetere Instanzen: Wissenschaft, investigativer Journalismus, Bürgerinitiativen und politische Bildung. Die erhoffte Abschreckungswirkung der Herausstufung vom „Verdachtsfall“ zum „Beobachtungsfall“ ist ausgeblieben, obwohl sich die Partei weiter radikalisiert hat.

Womit der Verfassungsschutz offenbar nicht gerechnet hat, war das Auftreten neuer potentieller Gegner der Demokratie in der „Querdenker“-Bewegung, einem Sammelbecken politischer Nihilisten, die buchstäblich gegen alles sind. Diese diffuse Gruppe wurde unter der schwammigen neuen Rubrik einer „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ versammelt. Ja, es stimmt: Diese unappetitlichen Querulanten, denken wir an die Reichsbürger, könnten eines Tages so gefährlich werden wie Donald Trumps Putschisten-Mob. Aber dann muss man ihre Gegnerschaft zur Verfassung so herausarbeiten, dass nicht schon jede Kritik am Staat, an der Verfassung und am politischen Personal als „Delegitimierung“ bezeichnet werden kann. Es ist geradezu die Pflicht jeder parlamentarischen wie außerparlamentarischen Opposition, Regierungen „ständig“ zu kritisieren, ganz gleich, ob das berechtigt ist oder nicht.

Linke sind plötzlich dabei, weil es gegen die „Richtigen“ geht

Regelrecht populär geworden ist der Verfassungsschutz in der Ära Haldenwang, seit er weniger Linke observiert, um ihnen eventuell ein Berufsverbot aufzuerlegen, sondern sich in den „Kampf gegen rechts“ eingeordnet hat. Auch Linke und Grüne, die vor Kurzem selbst noch observiert wurden, finden das plötzlich unproblematisch, da es ja nun gegen die „Richtigen“ geht. Dass es einen ziemlich großen „Bodensatz“ Rechtsradikaler und eine Masse von Protestwählern gibt, muss politisch offen bekämpft werden; das Schielen nach den administrativen und gerichtlichen Hintertüren hemmt diesen Kampf der Zivilgesellschaft.

Der große Rechtsgelehrte Hans Kelsen schrieb 1953: „Aber kann Demokratie tolerant bleiben, wenn sie sich gegen anti-demokratische Umtriebe verteidigen muss? Sie kann es! In dem Maße, als sie friedliche Äußerungen anti-demokratischer Anschauungen nicht unterdrückt. Gerade durch solche Toleranz unterscheidet sich Demokratie von Autokratie.“ Dass es an entschiedenen Verteidigern der Demokratie nicht mangelt, haben die jüngsten Demonstrationen bewiesen – nicht nur die AfD, auch wir sind das Volk! Ihre Bekämpfung an einen von den Innenministern gesteuerten Geheimdienst zu delegieren ist einer selbstbewussten Demokratie unwürdig.

Postskriptum Maaßen: Der Verfassungsschutz widmet seinem Ex-Chef inzwischen eine Personenakte. Dieser „Verdachtsfall“ belegt wieder einmal, dass ein Inlandsgeheimdienst, der sich vorzugsweise mit seinen Skandalen beschäftigt, endlich abgewickelt werden sollte.

Claus Leggewie ist Ludwig-Börne-Professor in Gießen. Horst Meier freier Autor in Kassel. Ihr Buch „Nach dem Verfassungsschutz: Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik“ erschien 2012 und liegt seit 2019 in zweiter Auflage vor.